

Der wegen Verletzungen von Menschenrechten international kritisierte philippinische Präsident Duterte hat noch einiges vor: Erst will er den kommunistischen Aufstand niederschlagen, dann möchte er sich eine zweite Amtszeit sichern, die laut Verfassung nicht möglich ist.



Wer ist hier der Terrorist? Mit einem Antiterrorgesetz will Duterte, dem zahlreiche Menschenrechtsverstöße vorgeworfen werden, gegen Kritiker und Kommunisten vorgehen.

Duterte auf dem Weg zum Diktator

Der philippinische Präsident plant eine Verfassungsänderung, die ihm eine zweite Amtszeit ermöglichen soll

Während Duterte vorgibt, mit der Reform ein Gerichtsurteil zur Verteilung von Steuereinnahmen umzusetzen, befürchten Kritiker, dass der philippinische Staatschef seine Macht ausweiten will.

ALEXANDER ISELE

Nicht, dass sich Rodrigo Duterte mit dem Ausrufen des Gesundheitsnotstands wegen des Coronavirus nicht schon genug autoritäre Machtbefugnisse zugesichert hätte. Der philippinische Präsident hat nun ein neues Ziel anvisiert: Mit einer Verfassungsänderung möchte er Restriktionen auf Amtszeiten von gewählten Amtsträgern aufheben. Dies würde Duterte theoretisch ermöglichen, sich 2022 erneut zur Wahl zu stellen, wenn seine einmalige sechsjährige Amtszeit verfassungsgemäß endet.

Vergangene Woche haben 1488 Gemeindegemeinderäte eine Verfassungsänderung gefordert. Die Bürgermeister verlangen vor allem zwei Dinge: Zum einen wollen sie einen größeren Anteil an den nationalen Steuereinnahmen, wie es bereits in einem Urteil des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2018 angemahnt wurde. Zum anderen fordern sie eine Lockerung der Beschränkungen für ausländische Investitionen. Viele von ihnen hoffen auch darauf, dass ihre Amtszeiten nicht mehr zeitlich beschränkt werden, um so ihre Posten zu behalten.

Duterte hatte sich zuvor bereits wiederholt für eine Umwandlung der philippinischen Regierungsform in ein föderales Sys-

tem ausgesprochen. Damit, so Duterte, sollen Manilas Macht und Befugnisse über Ressourcen gebrochen und Wohlstand in die vernachlässigten Randgebiete des Landes gebracht werden – einschließlich seiner Heimatinsel Mindanao. Wie seine Anhänger behauptet er, dass die Verfassung von 1987, die nach dem Sturz der Diktatur Ferdinand Marcos ausgearbeitet wurde, sich zu sehr darauf konzentrierte, den Aufstieg eines weiteren autoritären Führers zu verhindern. Lösungen für strukturelle Probleme der wirtschaftlichen Ungleichheit liefere sie nicht.

Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen befürchten jedoch, dass eine andere Absicht hinter einer Verfassungsänderung steht. Sie befürchten, dass so entweder die Wahlen im Jahr 2022 verzögert werden sollen oder die Amtszeitbeschränkung des Präsidenten ganz abgeschafft werden soll, so dass sich der 75-jährige Duterte 2022 wieder zur Wahl stellen kann. Um dem Gerichtsurteil von 2018 nachzukommen und die Staatseinnahmen besser auf die Provinzen zu verteilen, bedürfte es keiner Verfassungsreform. Um die autokratischen Machtgewinne Dutertes festzuschreiben, allerdings sehr wohl.

Doch es ist nicht nur Duterte, der von einer Verfassungsänderung samt Amtszeitentschränkung profitieren würde. Die Politik in Philippinen ist geprägt von Dynastien, also Familien, deren Angehörige gleichzeitig Ämter in verschiedenen Bezirken innehaben. Mindestens 70 Prozent der Parlamentssitze werden von Angehörigen sol-

cher Dynastien besetzt. Parlamentspräsident Alan Peter Cayetano, Dutertes ehemaliger Verbündeter und Spross einer der führenden politischen Familien der Philippinen, hofft auf eine Aufhebung der Amtszeitbeschränkungen für alle gewählten Amtsträger. Das solle, so Cayetano, den Anreiz zur Schaffung politischer Dynastien beseitigen, da den gewählten Amtsträgern so genügend Zeit gegeben wäre, langfristige Projekte zu planen und abzuschließen. Cayetano vertritt als Abgeordneter den 1. Bezirk von Taguig City, seine Frau Maria Laarni den 2. Bezirk, während sein Bruder Lino derzeit Bürgermeister der Stadt in der Metropolregion Manila ist. Seine Schwester Pia ist derzeit wieder Senatorin, nachdem sie als lokale Beamtin tätig war.

»Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Statuten geändert werden müssen, doch es kommt auf den Zeitpunkt an.«

Alan Peter Cayetano Parlamentspräsident

Zwar schreibt die philippinische Verfassung ein Verbot politischer Dynastien vor, die gleichzeitige oder aufeinanderfolgende Besetzung gewählter Ämter durch eng verwandte Personen. Der von Dynastien dominierte Kongress hat sich jedoch wiederholt geweigert, ein entsprechendes Gesetz zur Durchsetzung der Verfassungsbestimmung

zu verabschieden. Kritiker verweisen darauf, dass politischen Dynastien stark mit der endemischen Korruption und Armut im Land einhergehen.

»Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Statuten geändert werden müssen, doch es kommt auf den Zeitpunkt an«, gibt Cayetano zu. Der Parlamentspräsident sieht diesen Zeitpunkt noch nicht gekommen, wie auch viele Filipinos, die sich in der Vergangenheit in Umfragen immer deutlich gegen eine Verfassungsreform ausgesprochen haben. Da die Erinnerung an die Marcos-Diktatur noch relativ frisch ist, sind viele Menschen besorgt, dass ein weiterer autoritärer Führer die Verfassungsänderung nutzen könnte, um seine Macht auf Kosten des Volkes aufrechtzuerhalten.

Duterte hat in seiner Rede zur Lage der Nation am Montag auch einen möglichen Nachfolger für ihn als Präsidenten ins Spiel gebracht: seinen langjährigen persönlichen Assistenten, der derzeitige Senator Christopher »Bong« Go, der unter anderem die Maßnahmen der Regierung während der Corona-Pandemie organisiert. Spekuliert wird auch, ob 2022 Dutertes Tochter Sara antritt, Bürgermeisterin von Davao City, dem Posten, mit dem Rodrigo Duterte seine politische Laufbahn begann. Doch Duterte ist berüchtigt für seine politischen Finten. Nicht auszuschließen, dass die Spekulationen um die beiden möglichen Kandidaten nur von der Verfassungsänderung ablenken sollen. Und Duterte dann doch selbst antritt.

Der meistgesuchte Mann der Philippinen

Der Gründer der Kommunistischen Partei José Maria Sison gibt neue Einblicke in sein revolutionäres Leben

Mit dem Anfang Juli verabschiedeten Antiterrorgesetz soll der kommunistische Aufstand endgültig besiegt werden. Ein Interviewband mit dem Gründer KP gibt Einblicke in den über 50-jährigen Kampf.

ALEXANDER ISELE

Er ist der meistgesuchte Mann der Philippinen: Der Gründer der Kommunistischen Partei José Maria Sison lebt zwar seit über 30 Jahren im niederländischen Exil, doch allein die Erwähnung seines Namens erzürnt Konservative, Rechte und Reaktionäre des südostasiatischen Inselstaats. Denn Sisons Vision der sozialistischen Philippinen fällt auf fruchtbaren Boden: Denn immer noch lebt einer von vier Filipinos unter der Armutsgrenze; drei Prozent der 100 Millionen Einwohner besitzt die Mehrheit des Reichtums der Nation. Anhänger der Kommunistischen Partei finden sich so unter der Arbeiterklasse, unter Universitätsstudenten und in abgelegenen Dörfern, die von indigenen Gruppen bewohnt werden.

Sein jüngstes Buch, ein Interviewband von »nd«-Autor Rainer Werning, der Sison

zu seinem Leben und dem revolutionären Kampf ausgefragt hat und das sowohl auf Englisch und Deutsch erschienen ist, führt seit Monaten in Philippinen zu antikommunistischen Demonstrationen, bei denen Sison auf Plakaten als Satan verschmäht wird. Das US-Unternehmen Twitter hat zwischenzeitlich gar das Konto von Außenminister Teodoro Locsin Jr. gesperrt, nachdem der zum Mord an »Kommunisten, die es wert sind, erschossen zu werden« aufgerufen hatte. Auch wenn er nicht dort ist, vermag es Sison noch immer, die Menschen in seiner Heimat zu bewegen.

In »Ein Leben im Widerstand. Gespräche über Imperialismus, Sozialismus und Befreiung« liefert Sison Antworten auf die Frage, warum die kommunistische Bewegung in Philippinen noch immer eine Anziehungskraft auf die Menschen hat. Das ist allerdings nicht verwunderlich, angesichts der offensichtlichen systemischen und strukturellen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten der Gesellschaft samt anhaltendem Versagen der Politiker, die als Beschützer der milliarden schweren Aus-

beuter der Reichtümer des Landes fungieren. Sison kritisiert aufschlussreich die neokolonialen Regierungen seines Heimatlandes, blickt aber auch auf die globalen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Philippinen, insbesondere der kapitalistischen Restauration in der ehemaligen Sowjetunion, der Entwicklung der Volksrepublik China in ein neuimperialistisches Land sowie des Niedergangs der globalen Hegemonie der USA.

Von Ferdinand Marcos bis Rodrigo Duterte – sieben Präsidenten scheiterten bisher daran, die Kommunisten zu besiegen und deren Kampf gegen das Feudalsystem samt korrupten, reaktionären Staat zu beenden. Seit 50 Jahren widersteht die maoistische Neue Volksarmee (NPA) groß angelegten Militärkampagnen. Vor einem Jahr gab Verteidigungschef Delfin Lorenzana zu, dass die kommunistische Rebellion unüberwindbar ist und nicht besiegt werden kann. Dennoch kündigte er das Programm auf, das auf lokaler Ebene Friedensgespräche mit der NPA ermöglichen sollte. Die kommunistische Bewegung ist in den

ländlichen Gegenden sowie in vielen Städten verankert, in 71 der 81 Provinzen des Landes bestehen Guerillazonen.

Der Band greift von Sison bekannte Themen, Fragestellungen und Analysen auf. Gleichzeitig regt das Interviewformat über die theoretische Abhandlung hinaus zum Nachdenken an. In den Interviews gewährt der mittlerweile 81-jährige Sison auch Einblicke in sein Leben, die überraschend sind, etwa wie er als neunjähriger Messdiener den Wunsch hegte, Bischof zu werden.

Sison glaubt an das Wiederaufleben der sozialistischen Idee. »Der Sozialismus ist erwünscht und wird durch die eskalierenden kapitalistischen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung, die anhaltenden Angriffskriege und die wachsende Bedrohung durch einen Atomkrieg und die globale Erwärmung als Folge der mutwilligen kapitalistischen Ausplünderung der natürlichen Ressourcen der Welt bestätigt.« So alt die Analyse auch erscheinen mag, an Aktualität hat sie nichts verloren.

Einst wurde Sison gefragt, ob er davon Träume, zurück nach Philippinen zu gehen.

Damals antwortete er: »Ich träume nicht nur davon, auch nicht in dem Sinne, dass ich mir eine bessere Welt vorstelle, die aus dem Kampf des Volkes entstehen kann.« Noch immer spielt Sison in der Kommunistischen Partei eine wichtige Rolle: »Ich setze mich mit den Realitäten auseinander und tue alles, was ich im revolutionären Kampf des Volkes tun kann.« Wie Lenin glaubt Sison nicht unbedingt daran, dass die Revolution noch zu seinem Lebtag erfolgreich sein wird. »Aber ich bin mir sicher, dass die neoliberale Politik der imperialistischen Globalisierung, die Aggressionskriege und die verschärften interimperialistischen Widersprüche bereits die Voraussetzungen für einen beispiellosen Aufschwung der revolutionären Bewegungen für nationale Befreiung, Volksdemokratie und Sozialismus schaffen.« In Philippinen und auch anderswo.

José Maria Sison, Rainer Werning. Ein Leben im Widerstand: Gespräche über Imperialismus, Sozialismus und Befreiung. Mediengruppe Neuer Weg. Kartonierte/Broschiert, ISBN-13: 9783880215580, 272 Seiten